

Junge sollen in die Bresche springen

MILIZPOLITIK Viele Gemeinden haben Mühe, Ämter zu besetzen. Mit einer Kampagne soll nun eine neue Generation für die Lokalpolitik begeistert werden.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Geht es darum, einen Sitz in einem Gemeinderat oder in der Schulpflege zu besetzen, gibt es in der Regel wenig Andrang – im Gegenteil: Die Hälfte der Gemeinden hat laut einer Umfrage aus dem Jahr 2010 Mühe, genügend Kandidaten für den Gemeinderat zu finden. Gerade junge Leute zeigen selten Interesse daran, einen (vermeintlichen) Knochenjob in der Lokalpolitik zu übernehmen. In einer Befragung unter Gemeindeexekutivmitgliedern in den Jahren 2008 und 2009 gaben weniger als 5 Prozent der Teilnehmer an, jünger als 35 zu sein.

Das will der Schweizerische Gemeindeverband (SGV) mit einem neuen Projekt ändern. Die Idee: Junge Gemeinderäte sollen Gleichaltrigen die Lokalpolitik schmackhaft machen – an Veranstaltungen, via Flyer oder Social Media. Den Startschuss für das Projekt gab der Verbandsvorstand im Dezember. «Unser Ziel ist es, bis 2023 die Zahl der

Gemeinderäte unter 40 um 20 Prozent zu erhöhen», erklärt SGV-Direktor Reto Lindegger gegenüber unserer Zeitung.

Als Vorbild dient eine Aktion im Kanton Bern: Dort schloss sich vergangenes Jahr eine Gruppe junger Gemeinderäte zusammen. «Wir haben uns ausgetauscht und festgestellt, dass wir überall das gleiche Problem haben, dass zu wenig junge Leute in den Gemeinderäten sind», erinnert sich der 29-jährige Matthias Zurflüh, seit fünf Jahren Gemeinderat in Seeberg. «Das wollten wir ändern.» Die Jungpolitiker entwarfen einen Flyer, mit dem sie ihren Alterskollegen die Vorzüge ihres Amtes beschrieben.

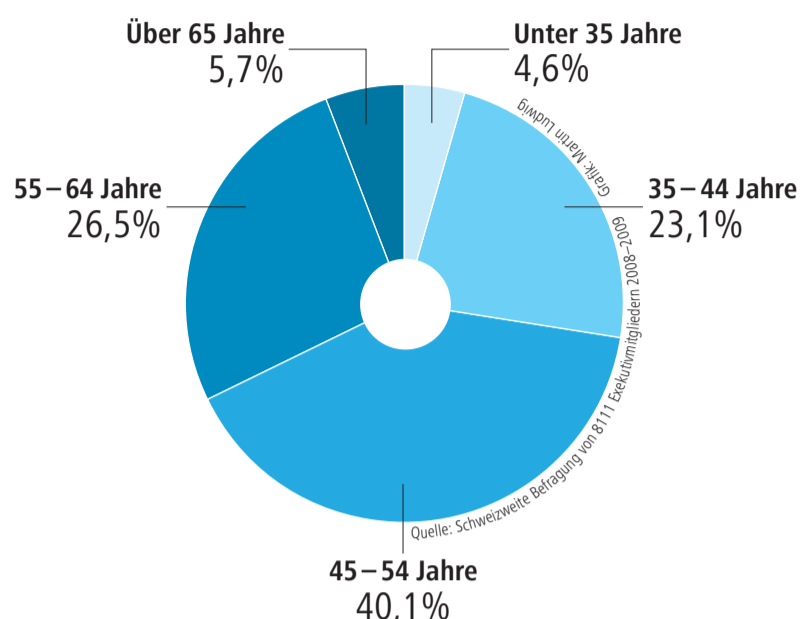
«Viele Leute haben Angst vor der Verantwortung. Und sie wissen nicht, wie spannend ein solches Amt ist», erklärt Zurflüh. Der Flyer sei gut angekommen. «Messen können wir die Wirkung nicht», räumt er ein. «Aber es kamen durchaus junge Leute auf uns zu, die sich für ein Gemeindeamt interessierten.»

Positive Erfahrungen

Junge Gemeinderäte in unserer Region bringen dem Projekt des SGV Sympathie entgegen. «Die Milizpolitik in der Schweiz steht und fällt mit der Milizpolitik in der Gemeinde», sagt Daniel Krucker. Für viele junge Leute sei Gemeindepolitik aber «einfach nicht cool». Er selbst sieht das anders. Krucker wurde 2014 mit 28 Jahren in den Gemeinderat im nidwaldnerischen Emmetten gewählt. Seine Erfahrungen sind positiv.

Alter von Gemeinderäten

Anteile nach Altersgruppen



«Man hat als Gemeinderat einen relativ grossen Entscheidungsspielraum.» Sein beruflicher Hintergrund als Architekt helfe ihm in seinem Zuständigkeitsbereich des Bauwesens. Umgekehrt sei es für seine berufliche Tätigkeit ein Vorteil, dass er als Gemeinderat sehr viele Leute

kennen lerne. Auch Carmen Blaser fühlt sich wohl in ihrem Amt. Die 37-Jährige sitzt seit September 2014 im Gemeinderat im luzernischen Vitznau. Anfangs habe sie «grossen Respekt» vor dem Amt gehabt, zumal sie erst kurz zuvor in die Gemeinde gezogen war. Weil sich

aber niemand sonst für das Amt fand, stellte sie sich zur Verfügung. Die Entscheidung bereut sie nicht. «Ich habe viele tolle Leute kennen gelernt», sagt Blaser. Zudem erhalte sie als Gemeinderätin Einblick in sehr viele Bereiche wie das Bauwesen, die Ortsplanung oder die Kultur. Allerdings sei das Amt auch mit einem gewissen Zeitaufwand verbunden.

Dem pflichtet Silvan Baumann bei: «Den Zeitaufwand habe ich unterschätzt.» Der 29-Jährige sitzt seit fünf Jahren in der Exekutive der Urner Gemeinde Bürglen. Solange es Spass mache, nehme er sich die Zeit gerne. Seine Entscheidung, für den Gemeinderat zu kandidieren, bereut Baumann jedenfalls nicht. «Meine Erwartungen an das Amt wurden übertroffen.»

Verantwortung übernehmen

Positive Erfahrungen gemacht hat auch Urs Christen. Der 34-Jährige sitzt seit 2010 im Gemeinderat von Beckenried im Kanton Nidwalden. Die Tätigkeit mache ihm Freude. «In einer Gemeinde kann man etwas bewegen.» Viele Leute beschwerten sich, was alles schief laufe in der Politik. «Da denke ich jeweils: Übernehmt doch selbst einmal diese Verantwortung!», sagt Christen. «Wenn man selbst einmal in einem solchen Amt ist, merkt man nämlich schnell, dass es durch all die Randbedingungen und gesetzlichen Vorgaben halt auch nicht immer ganz einfach ist.»

NACHRICHTEN

Youtube erfüllt Forderung nicht

TERRORISMUS sda. Die Bundesanwaltschaft (BA) hat Youtube erfolglos aufgefordert, einen umstrittenen Film des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) vom Netz zu nehmen. Neu ist dieser lediglich mit einer Alterslimite versehen. Die Aufforderung geht zurück auf ein Strafverfahren, das die BA am 9. Dezember 2015 gegen das IZRS-Vorstandsmitglied **Naim Cherni** eröffnet hat. Sie wirft ihm vor, seine Reise in umkämpfte syrische Gebiete in einem Video propagandistisch dargestellt zu haben.

Ehe-Definition nur «Nebenschauplatz»

HEIRATSSTRAFE sda. Zehntausende Ehepaare zahlen mehr Steuern als Konkubinatspaare mit gleichem Einkommen und Vermögen. Diese Heiratsstrafe will die CVP mit ihrer Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe», die am 28. Februar an die Urne kommt, beseitigen. Die Diskussion um die Definition der Ehe haben die Initianten an ihrer gestrigen Pressekonferenz als «Nebenschauplatz» bezeichnet. Doch prägt die Frage den Abstimmungskampf.

Innovationspark offiziell eröffnet

FORSCHUNG sda. Bundespräsident **Johann Schneider-Ammann** hat gestern in Bern den Innovationspark offiziell eröffnet. In seiner Rede betonte er die Bedeutung der Innovation für die Schweiz. Sie sei der Schlüssel zum Erfolg der Schweiz, sagte er vor über hundert Gästen im Zentrum Paul Klee. Der Innovationspark werde es ermöglichen, die Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen in der Schweiz zu halten und hoffentlich ausbauen zu können. Der Innovationspark ist als Netzwerk von fünf Standorten organisiert: Dübendorf ZH, Allschwil BL, Villigen AG, Lausanne und Biel. Dort sollen etablierte Firmen aus dem In- und Ausland mit ihren Forschungs- und Entwicklungseinheiten angesiedelt werden.

Auf leisen Sohlen auf der Überholspur

FDP Petra Gössi gehört zu den Anwärtern auf das Parteipräsidium. Die Schwyzer Nationalrätin gilt als ruhig. Wenn es sein muss, kann sie aber auch auf den Tisch hauen.

Als Philipp Müller am 15. Dezember seinen Rücktritt als FDP-Parteipräsident bekannt gab, begannen sofort die Spekulationen darüber, wer seine Nachfolge antreten würde. Doch die Papabili winkten einer nach dem anderen ab. Der einzige, der angab, sich eine Kandidatur zu überlegen, war der Berner Nationalrat Christian Wasserfallen. Schnell avancierte er zum Kronfavoriten.

Einige Tage später erhielt Wasserfallen dann doch noch Konkurrenz: Petra Gössi, Nationalrätin aus dem Kanton Schwyz, erklärte, dass sie eine Kandidatur in Erwägung ziehe – nachdem auch sie zunächst abgesagt hatte. Der Rücktritt Müllers sei überraschend gekommen, sagt Gössi heute. «Ich bin zur Einsicht gelangt: Wenn ich von etwas wirklich überzeugt bin, dann bin ich auch bereit, die zusätzliche Verantwortung zu übernehmen.»

Steiler Aufstieg

Die Art und Weise, wie sie ihr Interesse anmeldete, erscheint typisch für Gössi: Die 40-Jährige ist keine, die sich vordrängt – und hat doch schon einiges erreicht in ihrer politischen Laufbahn. Mit 28 Jahren wurde sie 2004 in den Schwyzer Kantonsrat gewählt. 2011 schaffte sie den Einzug in den Nationalrat und holte damit das Mandat zurück, das die FDP 2003 verloren hatte.

Folgt nun der nächste Höhepunkt – das FDP-Präsidium? «Ich habe mich noch nicht entschieden», betont Gössi. Wichtig ist ihr, dass sich das Amt mit ihrem Beruf vereinbaren liesse. Auch als FDP-Präsidentin möchte sie weiterhin ihrer Tätigkeit als Unternehmensberaterin nachgehen. «Ich bin Milizpolitikerin und will es bleiben», sagt die Küssnachterin. Entscheiden will sie sich bis Ende Monat. Die Wahl des neuen FDP-Präsidenten findet an der Delegiertenversammlung am 16. April statt.

Bei Baryon berät Gössi Unternehmen im Bereich Wirtschaftsrecht. «Im Berufsleben sehe ich 1:1 die Auswirkungen von wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen», sagt sie. So klagten viele Firmen über die zunehmende Regulierung und die damit verbundenen Kosten. Dagegen will sie als Nationalrätin



Petra Gössi vor dem Rathaus in Schwyz.

Bild Pius Amrein

auch in Zukunft ankämpfen. «Es wäre schön, wenn sich die Politik etwas mehr zurückhalten würde – das gilt für alle Themenbereiche.»

Ruhig, aber dossiersicher

Gegen weitere Regulierung, gegen höhere Steuern, gegen höhere Staatsausgaben – Gössi, die sich bislang vor allem als Finanzpolitikerin einen Namen gemacht hat, vertritt konsequent wirtschaftsliberale

Positionen. Ratskollegen beschreiben sie als dossiersicher, fleissig und engagiert. Gleichzeitig gilt sie als eher ruhig und zurückhaltend. Das zeigt sich auch im persönlichen Gespräch: Gössi spricht überlegt, wird nie laut und nimmt sich Zeit, Gedanken zu formulieren. «Ich bin nicht jemand, der sich zu allem sofort äussern muss», sagt sie. «Aber es ist, denke ich, auch nicht ungeschickt, wenn man zuerst schaut, wie etwas funktioniert,

und dann überlegter an die Sache herangehen kann.» Daran würde sie auch als Parteipräsidentin festhalten: «Ich würde mich nie verbiegen.»

Das bedeutet nicht, dass Gössi nicht auch Zähne zeigen kann. Etwa, wenn es um den Neuen Finanzausgleich (NFA) geht. Dass Schwyz Jahr für Jahr mehr in den Ausgleichstopf einzahlen muss, während die Nehmerkantone kaum Verständnis für die Geber zeigen, ärgert sie. So sehr, dass sie vor zwei Jahren vorschlug, dass der Kanton Schwyz seinen Beitrag an den NFA auf ein Sperrkonto überweisen soll, bis die Nehmerkantone einlenken. Aus Sicht von Gössi war dieser Vorschlag nötig. Immerhin beschäftigen sich die Nehmerkantone inzwischen ernsthafter mit den Forderungen der Geber. Gleichwohl dürfte sie sich mit der Idee nicht nur Freunde gemacht haben – auch in der eigenen Partei.

Wachstumskurs fortsetzen

Und doch sind nicht alle Parteikollegen davon überzeugt, dass Gössi das nötige Format fürs FDP-Präsidium hat. Sie selbst fühlt sich dem Amt gewachsen. Sie verweist auf ihre politische und berufliche Erfahrung und darauf, dass sie als Präsidentin der FDP Schwyz weisse, was es bedeutet, eine Partei zu führen. Ständig unterwegs zu sein und der Basis den Puls zu fühlen, ist sie sich gewohnt, auch wenn der Zeitaufwand und die Medienpräsenz bei der Mutterpartei sicherlich noch um einiges höher wären.

Die FDP Schwyz präsidiert Gössi seit 2012. Im Frühling gibt sie das Amt ab. Mit dem Erreichten ist sie zufrieden: Bei den Kantonsratswahlen 2012 legte die Partei zu, und bei den Nationalratswahlen konnte sie ihr Mandat aus eigener Kraft halten, nachdem sie vier Jahre zuvor noch von einer Listenverbindung mit der BDP profitiert hatte.

Auch in der nationalen FDP läuft es nach Jahren des Kriechgangs wieder besser. Aus Sicht von Gössi gilt es daher, den bisherigen Kurs weiterzuführen: «Die FDP muss eine eigenständige Politik betreiben und ihre Positionen den Wählern verständlich machen.» Die Herausforderung werde sein, das Wachstum, das die Partei bei den letzten Wahlen erreicht hat, weiterzuführen.

In ihrer Freizeit treibt Gössi gerne Sport. Früher ging sie regelmässig Tauchen. «Dafür finde ich momentan keine Zeit.» Immerhin kommt sie noch dazu, ab und zu in die Berge zu gehen. Das passt ohnehin besser zum bisherigen Verlauf ihrer politischen Karriere als der Tauchsport.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch